

Bündnisgrüne beantragen Schließung

Bundesregierung soll Verbot des »Neonazi-Schulungszentrums« prüfen

Von Jürgen Gebhard

Vlotho (VZ). Das rechtsexteme »Collegium Humanum« in Vlotho bleibt Thema in Berlin. Nachdem das Bundes-Innenministerium in enger Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz bereits ein Verbot prüft (»Collegium Humanum«

unmittelbar vor Verbot? Sebastian Edathy erwartet kurzfristige Entscheidung«, VZ vom 25./26. Januar), haben nun die Bündnisgrünen einen Verbotantrag im Bundestag

gestellt. »Wir wollen damit Nachdruck in das Verfahren bringen«, erklärte Petra Walter-Bußmann aus dem Büro der Grünen-Abgeordneten Ute Koczzy auf Anfrage der VLOTHOER ZEITUNG. Nach Einschätzung der Bündnisgrünen gehe das Verfahren derzeit nur schleppend voran.

Den Eindruck bestätigte gestern auch Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Bundestagsin-nenausschusses): Das Verbot werde noch geprüft, es geben noch

keine Rückmeldung. »Wir wollen Taten sehen und fordern die Bundesregierung auf, dem Treiben der rechtsextemistischen Bildungsinstitute in Vlotho ein Ende zu bereiten. Das »Collegium Humanum« ist ein Schulungszentrum, in dem neonazistische und antisemitische Aktivitäten vorangetrieben werden, die sich gegen den demokratischen Rechtsstaat wenden. Der Verein ist zentraler Sammel-punkt der Holocaust-Leugner«, stellen Ute Koczzy und Monika

Lazar, Sprecherin der Grünen im Bundestag für Strategien gegen Rechtsextemismus, fest. Sie verweisen auf die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage ihrer Fraktion aus 2007, in der das inhaltlich bestätigt wird. Die Bundesregierung müsse nun den Aktivitäten des Vereins mit umfassenden Aufklärungs- und strafrechtlichen Maßnahmen konsequent entgegen treten und ein Verbot des »Neonazi-Schulungszentrums« einleiten.